

Unfaire Freihandelsabkommen stoppen

Der BDKJ Bayern stellt fest, dass Freihandelsabkommen keine Freibriefe für das Wachstum von Konzernen auf Kosten von Natur und Mensch, insbesondere unserer nachfolgenden Generationen, werden dürfen. Aktuell haben wir hier große Bedenken bei dem Abkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP).

Als Katholische Jugendverbände sind wir demokratisch strukturiert und setzen uns für eine möglichst hohe Beteiligungsmöglichkeit und Selbstwirksamkeit junger Menschen in Staat und Gesellschaft ein. Der Verhandlungsprozess wurde von Beginn an intransparent und unter Ausschluss der Zivilgesellschaft geführt. Mit dem Vorgehen, wie es im TTIP gehandhabt wird, macht sich Politik - nicht nur in den Augen junger Menschen - unglaubwürdig. Unter dem Deckmantel eines zweifelhaften Wirtschaftswachstums droht TTIP, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards sowie ArbeitnehmerInnenrechte auszuhöheln und rechtsstaatliche Verfahren zu unterminieren - zugunsten immer mächtiger werdender Konzerne. Insbesondere durch die tiefe Verwurzelung im Fairen Handel und dem daraus resultierenden Ansatz des „kritischen Konsums“, setzen sich die katholischen Jugendverbände für diese Themen und Standards ein.

Durch das geplante Freihandelsabkommen droht das Vertrauen und Ansehen der jungen Generation in die EU und deren EntscheidungsträgerInnen verloren zu gehen.

Daher beteiligt sich der BDKJ Bayern an der Diskussion um das geplante transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), positioniert sich öffentlich und setzt sich in Gesprächen mit PolitikerInnen unmissverständlich ein für:

- ein sofortiges Ende der intransparenten Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und eine demokratische Neugestaltung der EU-Handelspolitik;
- die Streichung des vorgesehenen neuen Klagerechtes von Unternehmen gegen Staaten (Investor-State-Dispute-Settlement, ISDS) vor privaten Schiedsgerichten, durch die demokratisch getroffene Entscheidungen untergraben werden können;
- die Streichung aller Vereinbarungen nach denen bestehende ArbeitnehmerInnenrechte, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards sowie Finanzmarktregeln abgeschwächt oder gar aufgehoben werden;